



Migrationsbewegungen in Südtirol. Ein exemplarischer Überblick des Zeitraumes 1945–1955

Alexander Piff

Kerngebiet: Zeitgeschichte

eingereicht bei: Univ.-Ass. Mag.^a Dr.ⁱⁿ Eva Pfanzelter Sausgruber, M.A.

eingereicht im Semester: WS 2008/09

Rubrik: PS-Arbeit

Benotung dieser Arbeit durch die LV-Leiterin: sehr gut

Abstract

Migration in the South Tyrol. An exemplarily overview of the decade 1945-1955

The intention of the following seminar-paper is to give an overview of three different waves of migration which had a determining effect on the social structure of the post war South Tyrol. Considering the “51%-Politik”, the “Rückoption” and the “Heimatferne” this paper examines interior as well as exterior movements. The author underlines the similar reception of these migrations in South Tyrol. The second intention is to correlate the three different migrations and examine possible reciprocal effects.

Einleitung

Die Region Südtirol war im 20. Jahrhundert Transformationen verschiedenster Art unterworfen. Die Bevölkerung des Landes blieb davon nicht unbetroffen. Begriffe wie Entnationalisierung, Nationalisierung oder Homogenisierung geben jedoch nur bedingt die komplexen Vorgänge der Bevölkerungsentwicklung in diesem Land wider. Jene Phänomene, die durch oben genannte Begriffe beschrieben werden, können nicht ohne größere politische, wirtschaftliche und soziale Zusammenhänge verstanden werden. Migrationsbewegungen stellen einen Kernaspekt der Bevölkerungszusammensetzung eines Landes dar, und müssen daher bei der Untersuchung einer Gesellschaft zeitlich und örtlich abgegrenzt mit einberechnet werden.

Im Zentrum dieser Proseminar-Arbeit soll die Untersuchung von drei ausgewählten Migrationsbewegungen in Südtirol zwischen 1945 und 1955 stehen: die italienische Zuwanderung nach 1945, die offizielle Rücksiedlung nach 1948/1949 und die „Heimatferne“ bis 1955. Dabei wird vor allem versucht, Zusammenhänge zwischen den drei für die Nachkriegsgesellschaft Südtirols charakteristischen Migrationswellen hervorstreichend bzw. ihre Unterschiede zu untersuchen. Bezüglich der Herangehensweise an die Thematik muss angemerkt werden, dass eine Orientierung an folgenden Thesen genommen wurde:

These A. Piff: Die Nachkriegsgesellschaft Südtirols war weder den italienischen Zuwanderern, noch den ehemaligen Optanten von 1939 wohl gesonnen. Vielmehr hinterließen beide Migrationsbewegungen ähnlich negative Eindrücke in der Vorstellung der Menschen.

Die Arbeitsmigration der Südtiroler nach 1945, die „Heimatferne“, hatte einen ihrer Ursprünge in den Migrationsbewegungen der italienischen Zuwanderung und der „Rückoption“ bzw. in den von ihnen verursachten Spannungen.¹

1. „Todesmarsch“ und die italienische „51%“-Politik

1.1. Verschiedene Begriffe – das selbe Phänomen

„Das brennende Problem Südtirols ist die Zuwanderung aus dem Süden Italiens, die unter Duldung der staatlichen Behörden und Förderung durch die politischen Parteien und Verbände vor sich geht.“²

¹ Die These stellt eine Erweiterung der von Sabine Falch in ihrer Dissertation vertretenen Ansicht, dass die Option im Zusammenhang mit der späteren „Heimatferne“ stand, dar. Sabine Falch, *Heimatfern. Die Südtiroler Arbeitsmigration der 1950er und 1960er Jahre* (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 17), Innsbruck-Wien-München-Bozen 2002.

² Fritz Dörrenhaus, *Deutsche und Italiener in Südtirol*, in: *Erdkunde. Archiv für wissenschaftliche Geographie* 7 (1953), S. 185–216, hier S. 196.

„Todesmarsch“ und „51%“-Politik sind zwei Begriffe, die das gleiche Phänomen beschreiben, aber sich von ihrer Entwicklungsgeschichte bzw. von ihrer Intention her unterscheiden. Das Wort „Todesmarsch“ wurde 1953 von Kanonikus Michael Gamper für die Empfindung einer Gefahr durch die italienische Zuwanderung in Südtirol gebraucht und geprägt. Im Gegensatz dazu beschreibt der vom Historiker Rolf Steininger verwendete Begriff der „51%“-Politik die allgemeine politische Strategie der römischen Politik eine italienische Mehrheit in Südtirol zu schaffen. Allgemein kann gesagt werden, dass es sich bei dem durch die beiden Begriffe beschriebenen Phänomen um die italienische Zuwanderung in Südtirol von 1945 bis Ende der 1950er Jahre handelt. Um dieses entwickelte sich in der genannten Zeit ein regelrechter Streit, der von zwei großen Parteien – Italien auf der einen, deutsch- und ladinischsprachige Südtiroler und Österreich auf der anderen Seite – ausgefochten wurde. Auf zahlreichen Ebenen wurde die Diskussion um die verschiedenen Aspekte der Zuwanderungspolitik geführt: in der Presse, auf dem politischen Parkett und im alltäglichen gesellschaftlichen Leben. Die gegenseitigen Anschuldigungen und Rechtfertigungen hatten zur Folge, dass offizielle Statistiken durch zu hohe oder niedrige Zahlen für die Zuwanderung, oder durch die Weglassung von bestimmten Regionen in der Zählung verfälscht wurden.³ Der Hauptpunkt der Diskussion war die Frage, ob es sich bei dem Phänomen um eine von der Politik künstlich gesteuerte Zuwanderung, oder um das Recht auf Bewegungsfreiheit, wie es im Artikel 16 der italienischen Verfassung verankert ist, handle. Den Grund der Wanderbewegung sahen die Vertreter der Südtiroler Bevölkerung und Österreichs vor allem darin, dass durch eine italienische Mehrheit in Südtirol die Gefahr einer Volksabstimmung nicht mehr so gravierend sei bzw. dass die Autonomie für die deutschsprachigen Bewohner wirkungslos werden würde.⁴ Die im Pariser Vertrag 1946 verankerten Schutzbestimmungen für die deutschsprachige Bevölkerung in Südtirol wären damit nicht eingehalten worden. Dies führte schließlich zum Vorwurf des Vertragsbruches.⁵ Die Angst vor einer „[...] ethnischen Überfremdung und dem Verschwinden der deutschen Sprachgruppe [...]“⁶ war zu dieser Zeit folglich sehr präsent in Südtirol. Im folgenden Abschnitt soll nun etwas näher auf

³ Adolf Leidmaier, *Bevölkerung und Wirtschaft in Südtirol (Tiroler Wirtschaftsstudien)*, Innsbruck 1958, S. 54f.; Giorgio Mezzalana, *Der „ethnisch fremde Süden“: Die italienischen Einwanderer in der Nachkriegszeit*, in: *Nie nirgends daheim. Vom Leben der Arbeiter und Arbeiterinnen in Südtirol*, hrsg. von Anton Holzer/Othmar Kiem/Giorgio Mezzalana/Michaele Ralsler/Carlo Romeo, Bozen 1991, S. 201–220, hier S. 205–209.

⁴ Raimund Obkircher, *Ethnische Spannungen und sozioökonomische Situation in Südtirol (1945–1999). Eine vergleichende Analyse unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitsmarktsituation*, Dipl. Innsbruck 1999, S. 17; Südtiroler Landtagsabgeordnete stellen im Regionalrat einmütig fest: Pariser Vertrag nicht erfüllt. Dr. Magnago: Zuwanderung bedeutet Tod für Südtiroler Volksgruppe, in: *Dolomiten*, Nr. 289, 18. Dezember 1953, S. 1f.

⁵ Rolf Steininger, *Südtirol zwischen Diplomatie und Terror in drei Bänden*, Bd. 1: 1947–1959 (Veröffentlichungen des Südtiroler Landesarchivs 6), Bozen 1999, S. 235.

⁶ Obkircher, *Spannungen*, S. 17.

die zwei verschiedenen Sichtweisen und ihre Argumentationsbasen eingegangen werden.

Die Zuwanderung von zahlreichen Italienern nach 1945 erweckte in Südtirol bald den Eindruck, dass die faschistische Politik, die in ihrer Regierungszeit umfassende Italianisierungsmaßnahmen in Südtirol durchgeführt hatte, fortgeführt werden würde.⁷ Die anhaltende Zuwanderung wurde als die größte Gefahr für das „Volkstum“ in Südtirol empfunden.⁸ In der SVP (Südtiroler Volkspartei) und in Österreich war die „künstliche Zuwanderung“ ein Dauerthema. Für die „Unterwanderungspolitik“⁹ der Italiener schien der Begriff der „Majorisierung“ nun ebenso passend zu sein wie für die Bevölkerungspolitik der Faschisten in Südtirol zuvor.¹⁰ In einer Stellungnahme der SVP wird ersichtlich, wie die Partei zur damaligen Situation stand und wie sie diese bewältigen wollte:

Drei ausgewählte Stellungnahmen der SVP:

- „- Die künstliche Zuwanderung nach Südtirol sei bewusst geplant, um das Gebiet zu entnationalisieren;
- Die Italianisierung Südtirols erfolge, wie zur Zeit des Faschismus, durch Infiltration italienischer Arbeitskräfte in die großen Industriegebiete, in die öffentliche Verwaltung und in die Schlüsselpositionen der Behörden;
- Dieser ‚Todesmarsch‘¹¹ müsse durch die Übertragung gesetzlicher Kompetenzen an die lokalen politischen Institutionen aufgehalten werden.“¹²

Von italienischer Seite wurde der Vorwurf, dass es eine künstliche, staatlich gelenkte Zuwanderung in Südtirol gäbe, stets empört zurückgewiesen. In Rom berief sich die Regierung auf die Verfassung, die jedem Bürger das Recht einräumte, im Land seinen Wohn- und Arbeitsplatz selbst auszusuchen. Dort wurde die italienische Zuwanderung nach Südtirol als „natürliche Wanderungsbewegung im Zuge des Wiederaufbaues“¹³ verstanden. Auf italienischer Seite wurde den Anschuldigungen Folgendes entgegengebracht:

Drei ausgewählte Stellungnahmen von italienischer Seite:

⁷ In den Dolomiten vom 1. Dezember 1953 wird die Politik der italienischen Regierung (Zuwanderung, Wohnbaupraxis und -vergabe) auch als „stumme Italianisierungspolitik“ beschrieben. In dieser Bezeichnung ist ein eindeutiger Vergleich zu den Italianisierungsmaßnahmen der Faschisten erkennbar, nur dass die italienische Regierung jetzt (1953) das Ganze versteckt und im Geheimen vollziehen würde. Nach der Erklärung des Landeshauptmanns von Tirol. Das Echo der letzten Tage, in: Dolomiten, Nr. 275, 1. Dezember 1953, S. 4.

⁸ Steininger, Diplomatie, S. 235.

⁹ Ebd., S. 233ff.

¹⁰ Steininger, Diplomatie, S. 233.

¹¹ Siehe 1.3. Ein „Todesmarsch“?

¹² Zit. n. Mezzalana, Der fremde Süden, S. 205.

¹³ Zit. n. ebd., S. 201.

- „- Die ‚objektiven wirtschaftlichen Faktoren‘ würden an sich schon eine von der italienischen Regierung künstlich geförderte Einwanderung ausschließen;
- Gegenüber gesamtstaatlichen Größenordnungen seien die Wanderungsbewegungen nach Südtirol ‚ziemlich bescheiden und ganz normal‘;
 - Da die Bewegungsfreiheit der Staatsbürger ein in der Verfassung verankertes Recht sei, müsse man es auch schützen;“¹⁴

Damals wussten viele Südtiroler und Österreicher zwar, dass es sich bei den Äußerungen von Seiten der italienischen Politik um teils ungläubwürdige Aussagen handelte, das Gegenteil konnte aber nicht bewiesen werden.¹⁵

1.2. Umsetzung der Zuwanderungspolitik

Zentrales Instrument der italienischen Zuwanderung stellten die Arbeits- und öffentlichen Ämter dar, in denen die große Mehrheit der Angestellten Italiener waren. Zudem war Deutsch als Amtssprache verboten – noch 1953 durfte dort nur in italienischer Sprache verkehrt werden.¹⁶ Die Italiener bildeten im gesamten öffentlichen Dienst in Südtirol die Mehrheit.¹⁷ Für Südtiroler gab es im Land hingegen fast keinen Arbeitsplatz im öffentlichen Dienst und in der Industrie sowie oft keine Wohnung. Neben den Arbeitsämtern war die Wohnbaupraxis und -vergabe eine der wichtigsten Punkte zur Umsetzung der „Unterwanderungspolitik“.¹⁸ Der Großteil der staatlich subventionierten Neubauten wurde an die Masse der zugewanderten Italiener vergeben.¹⁹

Die Beweggründe vieler junger Südtiroler, die ihre Heimat auf der Suche nach besseren Wohn- und Arbeitsverhältnissen verließen, sind in der genannten Situation zu suchen (siehe 3. „Heimatferne“). Durch das wirtschaftspolitische Vorhaben der italienischen Politik, die Industrialisierung des Landes voranzutreiben, sollten Arbeitsplätze in Südtirol geschaffen werden. Der Umstand der fehlenden Arbeits- und Wohnplätze für Südtiroler wäre dadurch aber nicht verbessert worden, denn die Hauptmotivation dahinter war die Voraussetzung für eine starke italienische Zuwanderung zu schaffen und die neuen Ressourcen an die Zuwanderer zu verteilen.²⁰ So entwickelte der italienische Generalkonsul in Innsbruck, Mario Paulucci, 1954 eine erste Denkschrift,

¹⁴ Presidenza del Consiglio die Ministri – Ufficio per le zone di Confine, Dati sulla immgrazione in Alto Adige negli anni 1947–1953, Roma 1954, S. 1–19, zit. n. Mezzalira, Der fremde Süden, S. 204.

¹⁵ Steininger, Diplomatie, S. 234.

¹⁶ Die Sozialdemokraten: Pariser Abkommen eine Enttäuschung, in: Dolomiten, Nr. 282, 10. Dezember 1953, S.1f.

¹⁷ Steininger, Diplomatie, S. 233.

¹⁸ Ebd.

¹⁹ 1959 trat die SVP wegen dem Volkswohnbaugesetz sogar aus der Regionalregierung aus. Falch, Heimatfern, S. 14.

²⁰ Dörrenhaus, Deutsche und Italiener, S. 196.

die sich mit der Strategie, eine italienische Mehrheit in Südtirol zu schaffen, beschäftigte. Paulucci nannte die Politik in seiner Denkschrift „51%-Politik“ (politica, del 51%).²¹ Er sah die Lösung des Südtirol-Problems in einer fortschreitenden Industrialisierung des Landes, welche eine vermehrte Zuwanderung italienischer Arbeitskräfte nötig machte (das Ziel: mehr als 51% Italiener in Südtirol). Paulucci wollte sein Vorhaben zuerst auf Bozen, hier vor allem auf die Bozner Industriezone und später auf andere Standorte ausweiten. Außerdem sollte der gesamte Plan zeitlich abgestuft sein, um den Schein vor Österreich und Südtirol zu wahren. Der Fokus der Unterstützung lag vorerst vor allem auf der Großindustrie²², nach einiger Zeit sollte auch die Klein- und Mittelindustrie gefördert werden.²³ Wie an Pauluccis Vorhaben ersichtlich wird, bildeten neben den politischen Aspekten auch wirtschaftliche Faktoren eine wichtige Voraussetzung für die italienische Zuwanderung.²⁴ Welchen Stellenwert Pauluccis „51%-Politik“ tatsächlich in der italienischen Regierung hatte, und ob diese genau so umgesetzt werden sollte, ist schwer zu sagen. Rolf Steininger betrachtet Pauluccis Plan als repräsentative Quelle für die damalige Strategie der italienischen Politik.²⁵

1.3. Ein „Todesmarsch“?

Von solchen Plänen war in der Bevölkerung nichts bekannt, allerdings wurde die Stimmung durch das zunehmende Gefühl der „Unterwanderung“ immer schlechter. Schließlich veröffentlichte Kanonikus Michael Gamper am 28. Oktober 1953 einen Artikel in den *Dolomiten*, in dem der Geistliche die Situation der Südtiroler (Bedrohung durch die italienische Zuwanderung) als einen „Todesmarsch“ bezeichnet. Gamper wusste nichts von einer italienischen „51%-Politik“ zu jener Zeit. Sein Artikel gilt jedoch als eine wichtige Quelle für die damalige Stimmung in Südtirol.²⁶ Dieser war zudem eine Reaktion auf verschiedene politische Ereignisse, von denen hier zwei kurz erwähnt werden sollen.

Das Jahr 1953 ist vor allem im Umfeld der Triester Frage, in der sich der damalige italienische Ministerpräsident Giuseppe Pella öffentlich für eine Volksabstimmung für das Gebiet um Triest ausgesprochen hatte, zu betrachten. Für die Südtiroler wirkte das Beharren Pellas, eine Volksabstimmung für Triest durchzuführen, wie eine Farce, weil ihnen zuvor durch Argumente wie dem geographischen Faktor oder den verpassten

²¹ Steininger, *Diplomatie*, S. 234; Mario Paulucci (Innsbruck) an Ettore Staderini (Rom), 26. Jänner 1956. ASDMEA, AP, 1956, Italia, Alto Adige, busta 434, zit. n. Rolf Steininger, *Südtirol im 20. Jahrhundert. Dokumente, Innsbruck-Wien 1999*, S. 188f.

²² Paulucci dachte dabei z. B. an Nato-Aufträge des Verteidigungsministeriums, die an Lancia vergeben werden sollten. Steininger, *Diplomatie*, S. 234.

²³ Steininger, *Diplomatie*, S. 234.

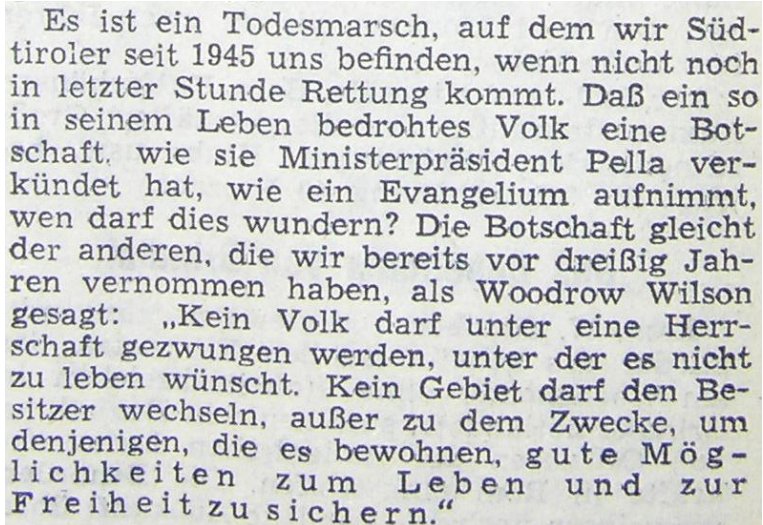
²⁴ Falch, *Heimatfern*, S. 30.

²⁵ Steininger, *Diplomatie*.

²⁶ Rolf Steininger, *Katakombenschulen und Todesmarsch. Kanonikus Michael Gamper prägte vor 80 Jahren und vor 50 Jahren bleibende Begriffe*, in: *Dolomiten*, Nr. 257, 8./9. November 2003, S. 9.

Gelegenheiten zur „ethnischen Selbstbestimmung“²⁷ das Recht auf ein Plebiszit abgesprochen worden war. Gampers Artikel war außerdem eine unmittelbare Reaktion auf die Aussprache des damaligen italienischen Ministerpräsidenten Pella mit den Parlamentariern Karl von Braitenberg, Josef Raiffeiner, Otto von Guggenberg, Karl Tinzl und Toni Ebner am 23. Oktober 1953. Deren „Wunschzettel“ mit elf Forderungen an die römische Regierung (veröffentlicht am 24. Oktober in den *Dolomiten*) beinhaltete nämlich kein Wort über die italienische „Unterwanderung“ seit 1945.²⁸

Besonders der folgende Satz hat Bekanntheit erlangt und scheint die Stimmung in Südtirol prägnant wiederzugeben: „Es ist ein Todesmarsch, auf dem wir Südtiroler seit 1945 uns befinden, wenn nicht noch in letzter Stunde Rettung kommt.“²⁹ Der Begriff des „Todesmarsches“, welcher damals wie heute eher mit dem Holocaust und der Leidensgeschichte der Juden in Verbindung stand/steht, wurde bald als geflügeltes Wort für das Leiden der deutschsprachigen und der ladinischen Südtiroler, die durch die italienische „Unterwanderung“ seit 1945 viel ertragen hätten müssen, gebraucht. Zahlreiche deutschsprachige Zeitungen und Zeitschriften verwendeten den Begriff fortan in der Diskussion über Südtirol. Selbst die Politik griff das Wort in der Folgezeit immer öfter auf.³⁰



Es ist ein Todesmarsch, auf dem wir Südtiroler seit 1945 uns befinden, wenn nicht noch in letzter Stunde Rettung kommt. Daß ein so in seinem Leben bedrohtes Volk eine Botschaft, wie sie Ministerpräsident Pella verkündet hat, wie ein Evangelium aufnimmt, wen darf dies wundern? Die Botschaft gleicht der anderen, die wir bereits vor dreißig Jahren vernommen haben, als Woodrow Wilson gesagt: „Kein Volk darf unter eine Herrschaft gezwungen werden, unter der es nicht zu leben wünscht. Kein Gebiet darf den Besitzer wechseln, außer zu dem Zwecke, um denjenigen, die es bewohnen, gute Möglichkeiten zum Leben und zur Freiheit zu sichern.“

Abbildung 1: Ausschnitt aus Gampers „Todesmarsch-Artikel“ vom 28.10.1953 in den *Dolomiten*

²⁷ Ethnische Selbstbestimmung meint die Entscheidungsfreiheit durch Gelegenheiten wie die „Option“ oder die „Rückoption“, welche die Wahl für eine italienische oder für eine deutsche Ethnizität ergeben hätten. Steininger, *Diplomatie*, S. 152.

²⁸ Ebd., S. 156.

²⁹ Siehe Bildausschnitt. Abphotographiert aus: Michael Gamper, Bemerkungen zu einem Kommentar, in: *Dolomiten*, Nr. 246, 28. Oktober 1953, S. 1.

³⁰ Steininger, *Diplomatie*, S. 159; Steininger, *Katakombenschulen*, S. 9.

1.4. Kein Erfolg, oder braucht es nur Geduld?

Die Diskussion über die italienische Zuwanderung nach 1945 wurde in den ersten Jahren der 1950er Jahre besonders emotional geführt. Die Südtiroler sahen in den Zuwanderern eine Bedrohung ihrer kulturellen Eigenheit(en) und Existenz(en). Daher wird es nicht überraschen, dass die von der italienischen Regierung propagierte Industrialisierung Südtirols mit Misstrauen betrachtet wurde. In den *Dolomiten* vom 10. Dezember 1953 wurde sogar darauf hingewiesen, dass Südtirol nicht die Voraussetzung für eine Industrialisierung/Technisierung hätte. Der Grund für die Ablehnung der Industrialisierung lag aber weniger in den realwirtschaftlichen Verhältnissen in Südtirol, als viel mehr in dem Wissen, dass durch eine fortschreitende Industrialisierung des Landes der Weg für eine massive italienische Zuwanderung geebnet werde. Zudem wurden die zugewanderten Italiener gerne wegen ihrer Arbeit als Industriearbeiter als kommunistisch gesinnt dargestellt. Damit schürte man ähnlich wie in den USA in der damaligen Mc-Carthy-Ära Angst vor einem Umsturz durch die Kommunisten in Südtirol.³¹

Die italienische Zuwanderung und der damit in Verbindung stehende Südtiroler „Todesmarsch“ endeten in den späten 1950er Jahren. Die Furcht vor dem Verlust des „Volkstums“ in Südtirol war, wie neuere Forschungsergebnisse beweisen, begründet.³² Zahlen aus jener Zeit, die Aufschluss über das genaue Ausmaß der italienischen Zuwanderung geben könnten, sind nur ansatzweise vorhanden. Die ersten zuverlässigeren Statistiken lassen sich erst für die Zeit nach 1955 feststellen.³³ Konzepte wie der „51%“-Plan von Paulucci waren nicht von Erfolg gekrönt, weil zahlreiche Personen in Südtirol und Österreich immer empfindlicher auf die „künstliche Zuwanderung“ reagierten.³⁴ Aber die Idee dahinter existierte weiter. Eine Aussage vom italienischen Außenministers Andreotti von 1960 macht das sehr deutlich: „Man muss etwas Geduld üben – in einer Generation wird sich die Lage zugunsten der Italiener gewandelt haben.“³⁵

2. Die „Rückoption“ oder die legale Rücksiedlung

2.1. Das Optantendekret und die beginnende „Rückoption“

„Ob es die Durchführung des Optantendekretes betrifft, die Bestellung der Beamten, die Arbeitsvermittlung, es werden unaufhörlich Italiener in die

³¹ Zuwanderung importiert Kommunismus, in: *Dolomiten*, Nr. 282, 10. Dezember 1953, S. 2.

³² Steininger, *Diplomatie*, S. 234.

³³ Mezzalana, *Der fremde Süden*, S. 205f.

³⁴ Steininger, *Diplomatie*, S. 235.

³⁵ Streng Vertraulich. Kripp (Rom) an Kreisky, 5. November 1960. ÖstA, AdR, BmfAA, II-Pol, Südtirol, Karton 66, zit. n. Steininger, *Diplomatie*, S. 235.

Provinz Bozen gepumpt, und gleichzeitig mit jener Geschicklichkeit, die den Italienern eigen ist, deutsche Familien italianisiert.³⁶

Etwa zur selben Zeit als sich die Bevölkerung Südtirols mit der beginnenden italienischen Zuwanderung beschäftigt sah, entstand in Südtirol und Österreich die Frage, was mit den ehemaligen „Deutschlandoptanten“ des Jahres 1939 passieren sollte. Viele von ihnen waren bereits während oder in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg, also vor einer offiziellen Abmachung zwischen den von der Option betroffenen Ländern Italien, Deutschland und Österreich, illegal in die Heimat zurückgekehrt. Erst in den Jahren 1948/49 ergab sich für die ehemaligen Optanten, die nach dem Zweiten Weltkrieg von Italien nicht mehr als italienische Staatsbürger betrachtet worden waren, die Möglichkeit ihren Status als „Displaced Persons“ (staatenlose Personen) zu ändern.³⁷ Das Pariser Abkommen (Gruber-De-Gasperi-Abkommen) vom 5. September 1946 sah als erste Lösung der Optantenfrage bereits die „Revision der Optionen“³⁸ vor. Innerhalb eines Jahres sollte die Frage der „Staatsbürgerschaftsoptanten“, deren Ursprung im Hitler- Mussolini-Abkommen lag, gelöst werden. Es dauerte aber fast noch eineinhalb Jahre bis es zur Einigung zwischen Österreich und Italien kam. Dieser Lösung, welche auch als „Optantendekret“ bekannt ist, waren bilaterale Verhandlungen zwischen Österreich und Italien vorausgegangen. In den ersten Monaten nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges hatte Österreich noch die Hoffnungen gehegt, Südtirol anzugliedern. Dieses Vorhaben wurde jedoch wegen der anhaltenden italienischen Zuwanderung in Südtirol seit 1945 und der zunehmenden Gewissheit, dass das Land doch nicht zurück zu Österreich kommen werde, immer unrealistischer. Daher gewann der Gedanke der Stärkung der Südtiroler Volksgruppe durch die „Rückoption“ zunehmend an Popularität in der österreichischen Regierung.³⁹ Schließlich trat das „Optantendekret“ als Ergebnis der Verhandlungen zwischen Österreich und Italien am 5. Februar 1948 in Kraft. Ein kurzer Auszug (Artikel 2) aus dem besagten Dekret:

„Wer als italienischer Staatsbürger für die deutsche Staatsbürgerschaft optiert hat und diese auf Grund des Gesetzes vom 21.8.1939 Nr. 1241 und der italienisch-deutschen Abkommen des Jahres 1939 und der folgenden Jahre durch Aushändigung der in dem genannten Gesetze vorgesehen Einbürgerungs-urkunde oder auf andere Weise erworben hat, [...] kann erklären, die Option zu

³⁶ Nach der Erklärung des Landeshauptmanns von Tirol. Das Echo der letzten Tage, in: Dolomiten, Nr. 275, 1. Dezember 1953, S. 3.

³⁷ Stefan Lechner, Rückoption und Rücksiedlung nach Südtirol, in: Die Option. Südtirol zwischen Faschismus und Nationalsozialismus, hrsg. von Klaus Eisterer/Rolf Steininger (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 5), Innsbruck 1989, S. 365–384, hier S. 365.

³⁸ Günther Pallaver, Alles retour. Rückoption und Rücksiedlung nach 1945, in: Das 20. Jahrhundert in Südtirol in fünf Bänden, Bd. 3: Totaler Krieg und schwerer Neubeginn. 1940–1959, hrsg. von Gottfried Solderer, Bozen 2001, S. 76–87, hier S. 76.

³⁹ Ebd., S. 80.

widerrufen, auf die deutsche Staatsbürgerschaft zu verzichten und die italienische Staatsbürgerschaft zurückerwerben zu wollen.“⁴⁰

Jene „Deutschlandoptanten“, die sich zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Dekretes in Italien (mit Südtirol) befanden, mussten bis zum 4. Mai 1948 ihre Erklärungen bzw. Gesuche zur „Rückoption“ abgeben. Für die Rückoptanten, die sich außerhalb Italiens befanden, wurde eine Frist von einem Jahr eingeräumt.⁴¹ In der Statistik wird zwischen drei verschiedenen Kategorien von Rückoptanten unterschieden:

- a. Einfache „Deutschlandoptanten“ : 52.875 Anträge
- b. Eingebürgerte, aber nicht umgesiedelte „Deutschlandoptanten“: 21.468 Anträge
- c. Eingebürgerte und umgesiedelte „Deutschlandoptanten“, egal ob diese in der Zwischenzeit wieder nach Südtirol zurückgekehrt waren: 28.980 Anträge⁴²

Zwischen den drei verschiedenen Kategorien gab es Differenzen bezüglich der positiven Bestätigung des Ansuchens: während bei der Kategorie a. alle Gesuche angenommen wurden, sahen sich zahlreiche Personen der Kategorien b. und c. mit Vorwürfen wie nationalsozialistischer Betätigung oder Kollaboration konfrontiert. Letztendlich wurden von der Kategorie b. 20.879 und von der Kategorie c. 22.075 Gesuche angenommen.⁴³ Unter den ehemaligen Optanten, die jetzt durch das Dekret die Möglichkeit zur „Rückoption“ hatten, lassen sich teilweise Unterschiede bezüglich des optierten Umzugsgebietes feststellen. Während für die „Deutschlandoptanten“ in Südtirol die „Rückoption“ nur erstrebenswert blieb, wenn sie nachher nicht staatenlos blieben bzw. wurden, war sie für österreichische Optanten weniger erstrebenswert. Vielfach waren die ungelösten Fragen der Arbeit und der Unterkunft im Rücksiedlungsgebiet die Hauptgründe für die Entscheidung im optierten Gebiet zu verbleiben.⁴⁴

2.2. Politischer Druck von zwei Seiten

Die Entscheidung zur „Rückoption“ verlief nicht ohne politischen Druck. Für Österreich stellten die verbliebenen Südtiroler Optanten eine wirtschaftliche Belastung dar. Zirka zwei Monate nach dem Inkrafttreten des „Optantendekretes“, d. h. im April 1948, wurde wegen mangelndem Interesse an der „Rückoption“ in der Nordtiroler Presse damit gedroht, dass die Nichoptierenden keinen Anspruch auf die Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft hätten. Weitere vier Monate später (im August 1948) wurden die Drohungen noch deutlicher – den „Nicht-rückoptanten“ wurde mitgeteilt, falls sie sich nicht doch zur „Rückoption“ entschieden, dass sie sicher als

⁴⁰ Zit. n. Josef Deflorian (erl.), Das Optantendekret. Italienischer Originaltext und Übersetzung (Unterlagensammlung 14), Innsbruck 1948, S. 11f.

⁴¹ Lechner, Rückoption, S. 365.

⁴² Ebd., S. 366.

⁴³ Ebd.

⁴⁴ Ebd., S. 366f.

staatenlos behandelt werden würden.⁴⁵ Trotz heftigster Proteste von Seiten der italienischen Regierung gegen solche Zeitungsmeldungen fasste der österreichische Ministerat in zwei Beschlüssen im November 1948 den Entschluss, „nur jene Südtiroler – wie seit August 1945 üblich – weiterhin wie Österreicher zu behandeln, die rückoptieren würden.“⁴⁶ Die italienische Regierung protestierte gegen den zwanghaften Charakter des Beschlusses und stellte bald darauf die weitere Behandlung der Rückoptionsgesuche bis zum März 1950 ein.⁴⁷ Erst damit konnte Österreich zu einer entsprechenden Regelung bewegt werden, die vorsah, dass mindestens 25% der Rückoptanten die österreichische Staatsbürgerschaft erhalten sollten.⁴⁸ Weil aber bis 1952 erst 3.500 Gesuche erledigt waren, verzögerte Rom die Gewährung der Rückoptionsanträge abermals.⁴⁹ Ministerpräsident De Gasperi benützte die Wirksamkeit der Optantenfrage vor allem auch aus politischem Kalkül. Der Forderung nach Verschiebung der Brennergrenze, welche von den Südtirolern und Österreichern immer wieder nach Kriegsende vorgebracht worden war, konnte jetzt jene Frage der Optanten entgegengebracht werden. De Gasperi stellte die Option von 1939 vor den Alliierten als „Bekanntnis zum Nationalsozialismus“⁵⁰ hin und konnte damit die Forderungen der Südtiroler Bevölkerung und Österreichs entkräften bzw. die Legitimität ihrer Ansprüche anzweifeln.⁵¹

2.3. Fremde Heimat?

Trotz oder gerade wegen des politischen Brennpunktes, in dem sich die ehemaligen Optanten nun befanden, entschieden sich viele von diesen Personen nach dem Inkrafttreten des Dekrets zur legalen Rücksiedlung. Die Grenze markiert das „Optantendekret“ – jede Rückkehr davor war illegal. Als Beginn der legalen Rücksiedlung wird der erste offizielle Rückoptantentransport, der am 10. Juni 1949 Bozen erreichte, betrachtet. Das dort inzwischen tätige „Amt für Rücksiedlungshilfe an Optanten“ war die erste Anlaufstelle für die ehemaligen Optanten. In Südtirol fanden die Rückkehrer aber oft nicht die erwünschten Umstände vor, die soziale Wiedereingliederung verlief schleppend bis gar nicht. Die politische und wirtschaftliche Situation hatte sich in den vergangenen zehn Jahren in Südtirol, aber auch in ganz Europa stark verändert. Die Rückoptanten schienen nun für die Ansäßigen eine spürbare wirtschaftliche und soziale Belastung darzustellen. Allerdings spielten andere Motive eine bedeutendere Rolle. Für viele Südtiroler, unter denen sich auch ehemalige „Dableiber“

⁴⁵ Tiroler Nachrichten und Tiroler Tageszeitung vom 16. April 1948 bzw. Tiroler Tageszeitung vom 5. August 1948, vgl. Lechner, Rückoption, S. 367f.

⁴⁶ Zit. n. Pallaver, Alles retour, S. 82.

⁴⁷ Lechner, Rückoption, S. 368.

⁴⁸ Pallaver, Alles retour, S. 82.

⁴⁹ Lechner, Rückoption, S. 368; Pallaver, Alles retour, S. 82.

⁵⁰ Zit. n. ebd., S. 80.

⁵¹ Ebd.

des Jahres 1939 befanden, verkörperten die Rückoptanten Verräter des „Volkstums“ und Anhänger der Nationalsozialisten. Die feindliche oder abwehrende Haltung, die den Rückoptanten gegenüber herrschte, drückte sich vor allem in der mangelnden Unterstützung der Bevölkerung aus. Selbst von offizieller politischer Seite war eine abwehrende Haltung spürbar. So gab es für die Rücksiedler weder ein spezielles Arbeitsprogramm, noch fanden diese in Südtirol leicht Arbeit.⁵² Der Umstand der Arbeitslosigkeit verschlechterte das Ansehen der Rücksiedler in der Bevölkerung umso mehr. Lediglich vereinzelte Initiativen wie das bereits genannte „Amt für Rücksiedlungshilfe an Optanten“ und der „GVS“ (Gesamtverband der Südtiroler in Österreich) unterstützten die Rückoptanten. Die italienische Regierung förderte solche Initiativen nicht.⁵³ Zudem kümmerte sie sich aus politischen Gründen nicht um „die brennenden Fragen der Wirtschaft“⁵⁴ während der Optionsfrist, was sich auf die wirtschaftliche Situation in Südtirol auswirkte.

3. Der Beginn der „Heimatferne“ (bis 1955)

3.1. „Heimatferne“ im Spannungsfeld der Um- und Rücksiedlung und der „51%-Politik

Der Begriff der „Heimatferne“ bezeichnet den Aufenthalt von Südtirolern im Ausland aus arbeits- und lebens-technischen Gründen. Im Laufe der Zeit wandelte sich der Begriff jedoch des öfteren. In diesem kurzen Abschnitt soll der Beginn der „Heimatferne“ nach dem Zweiten Weltkrieg bis zu dem Punkt, an dem daraus ein Massenphänomen wurde (d. h. bis 1955), beleuchtet werden.⁵⁵

„In den turbulenten Jahren der ersten Nachkriegsjahre herrschte bei allen Südtirolern in Deutschland ebenso wie in Österreich [dies sind die ehemaligen Optanten von 1939, Anm. d. V.] der absolute Wille, in die alte Heimat, wo die Ernährungsverhältnisse bedeutend günstiger waren, zurückzukehren.“⁵⁶

Migrationen basieren auf unterschiedlichen Faktoren, welche Auslöser für Zu- oder Abwanderungen sein können. In der Migrationsforschung werden diese als Push⁵⁷- und Pull⁵⁸-Faktoren bezeichnet. Wenn eine Gesellschaft relativ stabil ist, und deren Grundbedürfnisse gesättigt sind, so wird sie durch Pull-faktoren wie innere Sicherheit und gute Versorgung bald zum Ziel von Migrationsbewegungen. Das oben angeführte

⁵² Lechner, Rückoption, S. 377; Falch, Heimatfern, S. 14.

⁵³ Pallaver, Alles retour, S. 84.

⁵⁴ Lechner, Rückoption, S. 368f.

⁵⁵ Falch, Heimatfern, S. 9.

⁵⁶ Leidlmair, Bevölkerung, S. 82.

⁵⁷ Diese Faktoren veranlassen die Menschen zur Emigration. Beispiele hierfür: Verfolgung, Krieg, Hungersnot, usw.

⁵⁸ Diese Faktoren veranlassen die Menschen zur Immigration. Beispiele hierfür: Gute Versorgung, hohes Bildungsniveau, innere Sicherheit, usw.

Zitat zeigt deutlich, dass sich Südtirol in der unmittelbaren Nachkriegszeit hinsichtlich der Grundversorgung der Bevölkerung im Vergleich zu Österreich oder Deutschland in einer relativ guten Lage befand. In Südtirol blieb aus diesem Grund die Zahl der im Ausland arbeits- und ausbildungssuchenden Menschen nach dem Zweiten Weltkrieg bis zum Jahre 1955 eher gering. Durch die sozialen und wirtschaftlichen Spannungen, deren Ursprünge im Umfeld der Zu- und Rückwanderungen aber auch in anderen Bereichen zu suchen sind, entschieden sich zahlreiche Menschen in Südtirol zeitverzögert zum Schritt der Arbeitsemigration bzw. zur Arbeitsmigration allgemein. Sabine Falch beschreibt in ihrer Dissertation „Heimatfern. Die Südtiroler Arbeitsmigration der 1950er und 1960er Jahre“ das erste Mal den Zusammenhang zwischen der Um- und Rücksiedlung („Option“ und „Rückoption“) und der späteren Arbeitsmigration, der „Heimatferne“. Die Autorin weist unter anderem darauf hin, dass die Bozner Industriezone z. B. zu Kriegsende 1945 noch eine bedeutende Rolle für die Rüstung inne hatte, die deutsch- und ladinischsprachigen Menschen aber noch zu 70 % in der Landwirtschaft tätig waren. Den Grund für die fehlende Nähe der deutsch- und ladinischsprachigen Menschen zur Industrie sieht Falch in den Begleitumständen der „Option“ von 1939 und der damit verbundenen Umsiedlung.⁵⁹ Sie verweist anschließend auf ein Zitat von Karl Seebacher um ihre These zu untermauern: „Von der Aussiedlung [durch die Option, Anm. d. V.] waren fast ausschließlich Arbeiter- und Angestelltenfamilien betroffen [...]“⁶⁰. Im Gegensatz dazu boten die Industriezonen des Landes und vor allem jene in Bozen hauptsächlich für italienischsprachige Männer Arbeitsplätze.⁶¹

Die anhaltende italienische Zuwanderung führte zu einer kontinuierlichen Verschlechterung der Wohn- und Arbeitsmarktsituation. Für die deutsch- bzw. ladinischsprachige Bevölkerungsgruppe wurde es immer schwieriger in der Industrie und im öffentlichen Dienst Fuß zu fassen (siehe 1.2). Die „51%-Politik“ der italienischen Regierung hatte somit indirekten Einfluss auf die Entscheidung zur „Heimatferne“.

Einzelne Bevölkerungsgruppen waren von der Arbeitsmigration stärker betroffen als andere. Vor allem Angehörige von Rücksiedlerfamilien spürten die Konsequenzen der schlechten Arbeitsmarktsituation⁶², da sie kaum einen Bezug zur Industrie hatten. Ein beträchtlicher Teil der Rückoptanten versuchte zwar bereits kurz nach der Rücksiedlung von der Landwirtschaft in die Industrie zu wechseln, im Arbeitsamt fehlte aber

⁵⁹ Falch, Heimatfern, S. 18.

⁶⁰ Karl Seebacher, Industrie und Industrielle in Südtirol. Werden, Wachsen und Wandel eines wichtigen Wirtschaftszweiges, Bozen 1996, S. 24.

⁶¹ Michaela Ralsler/Martha Verdorfer, Die Arbeitsplätze der Frauen: überall und nirgends, in: Nie nirgends daheim. Vom Leben der Arbeiter und Arbeiterinnen in Südtirol, hrsg. von Anton Holzer/Othmar Kiem/Giorgio Mezzalira/Michaela Ralsler/Carlo Romeo, Bozen 1991, S. 99–127, hier S. 122.

⁶² Die Situation erschien jedoch nur aus der subjektiven Perspektive der deutsch- und ladinischsprachigen Bevölkerung als schlecht. Für die italienischen Zuwanderer war die wirtschaftliche Situation nicht so schlecht. Die Fabriken stellten für die Zuwanderer „nicht nur einen sicheren Arbeitsplatz dar, sondern auch eine angenehme Unterbringung, was das Wohnproblem angeht“. Mezzalira, Der fremde Süden, S. 210.

eine Person, die entsprechende Stellen für deutsch- und ladinischsprachige Südtiroler vermittelt hätte (siehe ebenfalls 1.2.).⁶³ Daher verwundert es nicht, dass der Anteil der „Heimatfern“/Arbeitsmigranten, welche aus Rücksiedlerfamilien kamen, besonders hoch war.⁶⁴

3.2. Gesellschaftlicher Umbruch

Südtirols Gesellschaftsstruktur hatte sich von 1910 bis 1951, wie Adolf Leidlmair 1958 in seinem Werk „Bevölkerung und Wirtschaft in Südtirol“ vermerkt, rein äußerlich kaum verändert. Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen hinterließen jedoch ihre Spuren in der Gesellschaft. In der Zeit von 1910 bis 1951 nahm die Zahl der landwirtschaftlichen Arbeiter beispielsweise enorm ab, während die Zahl der Industriearbeiter und jener im nichtagrarischen Bereich um 60 % anstieg.⁶⁵ Insgesamt waren 1951 noch 42,6 % aller Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft tätig, allerdings machte dabei die deutschsprachige und ladinische Bevölkerung den größten Teil aus.⁶⁶ Die Italiener in Südtirol hingegen waren wie bereits erwähnt, hauptsächlich in der Industrie und im öffentlichen Dienst tätig. Die Rückständigkeit der Landwirtschaft und das weit verbreitete Bildungsdefizit⁶⁷ unter den deutsch- und ladinischsprachigen Menschen führte dann neben den bereits erwähnten Einflüssen der italienischen Zuwanderung und der Südtiroler Rücksiedlung oft zur Entscheidung, sein Glück im Ausland oder auch in „Altitalien“ zu versuchen. Ab der Mitte der 1950er Jahre verschärfte sich die Situation durch die Zuwanderung qualifizierter Industriearbeiter und staatlicher Beamter aus Italien für diese Gruppe abermals. Bald wurde aus dem ursprünglich auf einzelne Personen begrenzten Phänomen ein Massenphänomen.⁶⁸

Schlussbemerkung

Sowohl die Zu- als auch die Abwanderer fanden in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg in Südtirol eine Gesellschaft vor, die gespalten war und keinen günstigen Ausgangspunkt für eine „Verwurzelung“ bot. Das Ausland und das Vaterland Italien mischten in der Diskussion um das kleine Land Südtirol mit. Anzeichen dieser teils sehr emotionalen Auseinandersetzungen sind in den Politisierungen der verschiedenen zu- und abziehenden Menschen zu finden. Während sich die italienischen Zuwanderer wegen ihrer Arbeit bald mit dem Stereotyp des kommunistischen Industriearbeiters konfrontiert sahen,⁶⁹ so waren es die ehemaligen Optanten von 1939, die im Zuge der

⁶³ Pallaver, *Alles retour*, S. 86.

⁶⁴ Falch, *Heimatfern*, S. 16.

⁶⁵ Leidlmair, *Bevölkerung*, S. 106.

⁶⁶ Falch, *Heimatfern*, S. 18.

⁶⁷ Nach der Zeit des Faschismus mussten die deutschen Schulen bzw. das deutsche Schulsystem gewissermaßen neu geschaffen werden. Falch, *Heimatfern*, S. 19.

⁶⁸ Ebd., S. 19f.

⁶⁹ Vergleiche Punkt 1.4.

„Rückoption“ als Verräter und Anhänger der Nationalsozialisten betrachtet wurden.⁷⁰ Beide Gruppen waren in der behandelten Zeit von 1945 bis 1955 stark von einer gesellschaftlichen „Ausgrenzungs“- (das Stereotyp vom italienischen Zuwanderer – als Folge der Ethnizität, aber auch des Berufsbildes; die Option von 1939 als „Bekanntnis zum Nationalsozialismus“) und „Unterlassungspolitik“ (keine Unterstützungen für Initiativen zur „Rückoption“ von Seiten des Staates, keine Lösung der dringenden Wirtschaftsfragen, etc.) betroffen. Die „Heimatferne“ auf der anderen Seite scheint im Umfeld der wirtschaftlichen und sozialen Situation eine logische Konsequenz gewesen zu sein. Die beiden erwähnten Zuwanderungen der „51%“-Politik und der „Rückoption“ hatten sicherlich Einfluss auf die Entscheidung zur „Heimatferne“, sie bildeten aber nur einen Aspekt der Arbeitsmigration. Vielmehr spielten auch wirtschaftliche Interessen und subjektive Momente eine Rolle. Südtirol war zwar hinsichtlich der Grundversorgung gut situiert, nur war der wirtschaftlich ertragreiche und zukunfts-trächtige Sekundärsektor in Südtirol größtenteils den italienischen Zuwanderern vorbehalten. Diese Situation sollte sich bis Anfang der 1970er Jahre nicht wesentlich verändern. Die deutsch- und ladinischsprachige Bevölkerung hatte oft nur die Möglichkeit im primären Sektor Fuß zu fassen – im Unterschied zu Nordtirol hatte der Tertiärsektor (vor allem der Bereich Tourismus) noch keine so große Bedeutung inne.

Südtirol hatte in dem in der Arbeit behandelten Jahrzehnt von 1945 bis 1955 einige kulturelle, politische und soziale Wandlungen erlebt. Die drei herausgegriffenen Migrationsbewegungen dieser Zeit hatten enormen Einfluss auf die Gesellschaftsstruktur und fanden Einzug in den verschiedensten gesellschaftlichen Ebenen: die migrierenden Personen wurden politisiert, instrumentalisiert, stereotypisiert, ignoriert oder einfach nur akzeptiert. Oftmals wurde aber im Laufe dieser sehr emotionalen Debatten einfach vergessen, dass hinter diesen Wanderbewegungen nach wie vor der Mensch steht, und nicht wie oft angenommen nur politisches, soziales oder wirtschaftliches Interesse. Durch den Vergleich der damaligen Migrationsbewegungen mit heutigen ergeben sich durchaus Parallelen – auch die heutigen Zu- und Abwanderungen werden in der Bevölkerung nicht wertfrei rezipiert.

Mit Migration sind sehr komplexe kulturelle Vorgänge verbunden, sodass es vielleicht gar nicht möglich ist, immer neutral zu verbleiben. Die Wanderung an sich „transportiert“ neben dem Menschen selbst eine Vielzahl von Gefühlen und Empfindungen, die von Ablehnung, Hass oder Misstrauen bis hin zu Freundlichkeit, Liebe oder Zuneigung reichen können. Mit Wanderungsprozessen waren wahrscheinlich immer schon menschliche Regungen verbunden, die sich auf verschiedenste Ebenen projizieren können (Stichwörter: Inter- und Transkulturalität, Kulturtransfer, aber auch Kulturkampf, Fremdzuschreibungen, Stereotype). Negative Gefühle die sich entwickeln könnten, sollten aber nicht verurteilt, sondern vielmehr reflexiv betrachtet werden. Oft

⁷⁰ Siehe 2.3.

sind sie einfach nur Ausdruck von Distanz oder von kulturellen und sozialen Missverständnissen. Bei der Untersuchung von Migrationsbewegungen sollte außerdem vor allem die Tatsache mit berücksichtigt werden, dass die menschliche Wanderung, auch wenn sie künstlich forciert wurde oder als solche erscheint, ein ureigenstes Kulturmerkmal des Menschen ist.

Quellen und Literatur

Deflorian, Josef (erl.), Das Optatendekret. Italienischer Orginaltext und Übersetzung (Unterlagensammlung 14), Innsbruck 1948.

Die Sozialdemokraten: Pariser Abkommen eine Enttäuschung, in: *Dolomiten*, Nr. 282, 10. Dezember 1953.

Dörrenhaus, Fritz, Deutsche und Italiener in Südtirol, in: *Erdkunde. Archiv für wissenschaftliche Geographie* 7 (1953), S. 185–216.

Falch, Sabine, Heimatfern. Die Südtiroler Arbeitsmigration der 1950er und 1960er Jahre (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 17), Innsbruck-Wien-München-Bozen 2002.

Gamper, Michael, Bemerkungen zu einem Kommentar, in: *Dolomiten*, Nr. 246, 28. Oktober 1953.

Lechner, Stefan, Rückoption und Rücksiedlung nach Südtirol, in: *Die Option. Südtirol zwischen Faschismus und Nationalsozialismus*, hrsg. von Klaus Eisterer/Rolf Steininger (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 5), Innsbruck 1989, S. 365–384.

Leidlmaier, Adolf, Bevölkerung und Wirtschaft in Südtirol (Tiroler Wirtschaftsstudien), Innsbruck 1958.

Mezzalira, Giorgio, Der „ethnisch fremde Süden“. Die italienischen Einwanderer in der Nachkriegszeit, in: *Nie nirgends daheim. Vom Leben der Arbeiter und Arbeiterinnen in Südtirol*, hrsg. von Anton Holzer/Othmar Kiem/Giorgio Mezzalira/Michaele Ralser/Carlo Romeo, Bozen 1991, S. 201–220.

Nach der Erklärung des Landeshauptmanns von Tirol. Das Echo der letzten Tage, in: *Dolomiten*, Nr. 275, 1. Dezember 1953.

Obkircher, Raimund, Ethnische Spannungen und sozioökonomische Situation in Südtirol (1945–1999). Eine vergleichende Analyse unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitsmarktsituation, Dipl. Innsbruck 1999.

Pallaver, Günther, Alles retour. Rückoption und Rücksiedlung nach 1945, in: Das 20. Jahrhundert in Südtirol in fünf Bänden, Bd. 3: Totaler Krieg und schwerer Neubeginn. 1940–1959, hrsg. von Solderer, Gottfried, Bozen 2001, S. 76–87.

Ralsler, Michaela/Verdorfer, Martha, Die Arbeitsplätze der Frauen: überall und nirgends, in: Nie nirgends daheim. Vom Leben der Arbeiter und Arbeiterinnen in Südtirol, hrsg. von Anton Holzer/Othmar Kiem/Giorgio Mezzalira/Michaele Ralsler/Carlo Romeo, Bozen 1991, S. 99–127.

Seebacher, Karl, Industrie und Industrielle in Südtirol. Werden, Wachsen und Wandel eines wichtigen Wirtschaftszweiges, Bozen 1996.

Steininger, Rolf, Katakombenschulen und Todesmarsch. Kanonikus Michael Gamper prägte vor 80 Jahren und vor 50 Jahren bleibende Begriffe, in: *Dolomiten*, Nr. 257, 8./9. November 2003.

Steininger, Rolf, Südtirol im 20. Jahrhundert. Dokumente, Innsbruck-Wien 1999.

Steininger, Rolf, Südtirol zwischen Diplomatie und Terror in drei Bänden, Bd. 1: 1947–1959 (Veröffentlichungen des Südtiroler Landesarchivs 6), Bozen 1999.

Südtiroler Landtagsabgeordnete stellen im Regionalrat einmütig fest: Pariser Vertrag nicht erfüllt. Dr. Magnago: Zuwanderung bedeutet Tod für Südtiroler Volksgruppe, in: *Dolomiten*, Nr. 289, 18. Dezember 1953.

Zuwanderung importiert Kommunismus, in: *Dolomiten*, Nr. 282, 10. Dezember 1953.

Alexander Piff ist Student der Europäischen Ethnologie (Volkskunde) im 7. Semester und Geschichte im 5. Semester an der Universität Innsbruck.

Alexander.Piff@student.uibk.ac.at

Zitation dieses Beitrages

Alexander Piff, Migrationsbewegungen in Südtirol. Ein exemplarischer Überblick des Zeitraumes 1945–1955, in: *historia.scribere* 2 (2010), S. 367–383, [<http://historia.scribere.at>], 2009–2010, eingesehen 1.4.2010 (=aktuelles Datum).

© Creative Commons Licences 3.0 Österreich unter Wahrung der Urheberrechte der AutorInnen.